

## Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik  
11011 Berlin  
Telefon 030 227-77594  
Telefax 030 227-76594  
roderich.kiesewetter@bundestag.de  
Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:  
Wellandstraße 58  
73434 Aalen  
Telefon 07361 5249 201  
Telefax 07361 5249 202  
roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



# Kiesewetter kompakt 15/2011

## Erweiterung des Euro-Rettungsfonds beschlossen

Christlich-liberale Koalition stärkt dabei Beteiligungsrechte des Parlaments

Der Bundestag hat am Donnerstag nach mehrmonatiger intensiver Diskussion in abschließender Lesung die Erweiterung des Euro-Rettungsfonds "Europäische Finanzstabilisierungsfazilität" (EFSF) beschlossen. Mit 523 Ja-Stimmen bei nur 85 Gegenstimmen und drei Enthaltungen nahmen die Abgeordneten den Gesetzentwurf von CDU/CSU und FDP „zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus“ in der vom Haushaltsausschuss am 21.09. dieses Jahres geänderten Fassung in namentlicher Abstimmung an. Damit wird der Gewährleistungsrahmen der Bundesrepublik zur Abwendung einer drohenden Zahlungsunfähigkeit von Euro-Mitgliedstaaten von 123 Mrd Euro auf 211 Mrd Euro erhöht. Das Änderungsgesetz geht auf Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs der Eurozone vom 11.03. und 21.07. 2011 zurück. Im März hatten diese beschlossen, bis zum Auslaufen der Zweckgesellschaft „Europäische Finanzstabilisierungsfazilität“ (EFSF) zum 30.06. 2013 und der Übernahme ihrer Aufgaben durch einen dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) die vereinbarte max. Darlehenskapazität der EFSF von 440 Mrd Euro in vollem Umfang bereitzustellen. Im Juli wurde beschlossen, die EFSF mit zusätzlichen, flexibleren Instrumenten auszustatten. Danach kann die EFSF, auch Euro-Rettungsschirm genannt, künftig unter Auflagen auch vorsorglich eine Kreditlinie zugunsten eines Euro-Mitgliedstaates bereitstellen, Darlehen an Staaten zur Refinanzierung ihrer Banken gewähren und bei außergewöhnlichen Umständen auf dem Finanzmarkt und Gefahren für die Finanzstabilität Anlei-

hen eines Euro-Mitgliedstaates auf dem Sekundärmarkt kaufen, um „Ansteckungsgefahren“ zu verhindern. Jede Maßnahme zum Erhalt der Zahlungsfähigkeit eines Euro-Mitgliedstaates wird auch künftig nur dann gewährt, wenn dies erforderlich ist, um die Finanzstabilität der gesamten Eurozone zu wahren. Alle erforderlichen Finanzhilfen sind mit strengen Auflagen verbunden, die der "makroökonomischen Situation des betroffenen Landes" angemessen sind. Mit dem nun beschlossenen Gesetz verschafft unsere Koalition dem Bundestag zudem weitreichende Befugnisse, um die finanzielle Kontrolle zu intensivieren und die demokratische Legitimität der Rettungsmaßnahmen zu verbreitern. Das Bundesverfassungsgericht hatte in einem Urteil zur Griechenland-Hilfe und zum Euro-Rettungsschirm vom 07.09. dieses Jahres unter anderem die Bundesregierung verpflichtet, vor künftigen Hilfsmaßnahmen jedes Mal die Zustimmung des Haushaltsausschusses des Bundestages einzuholen. Bislang musste sich die Regierung um ein Einvernehmen mit dem Ausschuss nur "bemühen". Bei den Euro-Hilfen dürfe es keinen Automatismus geben, der die Rechte der Abgeordneten aushebelt, hieß es im Urteil. Die Entscheidung über Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand müsse nach Artikel 38 des Grundgesetzes als "grundlegender Teil der demokratischen Selbstgestaltungsfähigkeit im Verfassungsstaat" in der Hand des Bundestages bleiben. Auch in einem "System intergouvernementalen Regierens" müssten die Abgeordneten die Kontrolle über fundamentale haushaltspolitische Entscheidungen behalten. Unter Berücksichtigung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gilt daher künftig,

dass der Bundestag Anträgen auf Notmaßnahmen, Änderungen an mit den Schuldnerländern getroffenen Vereinbarungen sowie Anpassungen am Rettungsschirm zustimmen muss. Ein Automatismus bei Euro-Hilfen ist damit ausgeschlossen. Die nun beschlossenen zusätzlichen Instrumente der EFSF und die umfassenden Beteiligungsrechte des Bundestages werden helfen, Ansteckungsgefahren bis hinein in die Realwirtschaft zu bannen und damit unsere Wirtschaft und unsere Währung zu sichern.

### **Bundewahlgesetz neu geregelt**

Der Bundestag hat in dieser Woche dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zur Änderung des Bundeswahlgesetzes zugestimmt. Mit der Vorlage reagierten die Abgeordneten auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Die Karlsruher Richter sehen einen Verstoß gegen die Verfassung, wenn der mathematische Effekt des sog. negativen Stimmengewichts bei „einem Zuwachs an Zweitstimmen zu einem Verlust an Sitzen der Landeslisten oder einem Verlust an Zweitstimmen zu einem Zuwachs an Sitzen der Landeslisten führen kann“. Mit der Abschaffung der Landeslistenverbindung, mit der bisher die in einem Bundesland errungenen Zweitstimmen einer Partei mit den in einem anderen Land erzielten Zweitstimmen verrechnet wurden, wird dieser Effekt nun ausgeräumt. Zudem wird mit der neuen Regelung eine Reduzierung der Überhangmandate erreicht. Die bewährte Struktur des personalisierten Verhältniswahlrechts mit der eigenständigen Bedeutung von Erst- und Zweitstimme bleibt dagegen erhalten. Das Wahlsystem hat seit der ersten Bundestagswahl 1949 mit den im Laufe der Zeit erfolgten Veränderungen zu einer im Wesentlichen proportionalen Sitzverteilung, zu stabilen Regierungen und zum Einzug neuer Parteien ins Parlament geführt. Es gewährleistet also einen handlungsfähigen sowie stabilen Deutschen Bundestag und stellt einen fairen Interessenausgleich der großen und kleinen Parteien dar.

### **Ausländische Bildungsabschlüsse**

Die bessere Nutzung von im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen ist Ziel des Gesetzes „zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“. Mit Hilfe des in dieser Woche verabschiedeten Gesetzes solle das in Deutschland bereits vorhandene Fachkräftepotential besser erschlossen werden. Die Bewertung und Anerkennung von Qualifikationen, die aus dem Ausland mitgebracht wurden, wird verbessert. Das erhöht die Attraktivität

Deutschlands und verringert den Fachkräftemangel. Der Bund schafft nunmehr einen allgemeinen Anspruch auf individuelle Prüfung der Gleichwertigkeit von ausländischen Berufsqualifikationen mit inländischen Referenzqualifikationen. Die Länder sollen sich bei Regelungen in ihrem Bereich an diesen Maßstäben orientieren.

### **Kampf gegen Extremismus**

Der Deutsche Bundestag debattierte in dieser Woche über Maßnahmen im Kampf gegen politischen Extremismus. Politisch motivierte Kriminalität – ob rechts-, linksextremistisch, islamistisch oder anderweitig verbrämt – muss mit aller Kraft geächtet, verhindert und verfolgt werden. Die Unionsfraktion unterstützt dabei den Ansatz der Bundesregierung, extremistische Bewegungen jeglicher Couleur gleichermaßen zu bekämpfen. Der einseitige Blick der Oppositionsfraktionen auf den Rechtsextremismus verharmlost die Gefahren. Linksextremismus ist wie Rechtsextremismus kein Randphänomen. Allein für Juli 2011 stellte das Bundeskriminalamt bundesweit fast doppelt so viele Gewalttaten von Linksextremisten wie von Rechtsextremisten fest. Die Zahl der durch Linksextremisten verletzten Opfer ist sogar um das Dreifache höher. Gleichzeitig hat die Mehrheit der extremistischen Kriminalität ihren Ursprung nach wie vor im rechtsextremistischen Milieu. Aus Sicht der Opfer kommt es aber nicht auf die Motive der Täter an. Es ist deshalb richtig, dass das Bundesfamilienministerium mit der Initiative „Demokratie stärken“ die Extremismusprävention auf die Bereiche Linksextremismus und islamistischer Fundamentalismus erweitert. Wenn es gelingt, junge Menschen für Demokratie, Toleranz und Vielfalt zu begeistern, sind sie weniger empfänglich gegen jede Art politischen Extremismus. Auch wollen wir nicht, dass sich Verfassungsfeinde unter dem Deckmantel des Antifaschismus Steuergelder erschleichen, um ihren Kampf gegen unseren Staat zu finanzieren. Ein klares Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung muss im Kampf gegen politischen Extremismus deshalb selbstverständlich sein.

### **Zitat**

«Wir haben bei der heutigen Abstimmung die Kanzlermehrheit erreicht. Wir sind handlungs- und führungsfähig und nicht auf eine wankelmütige Opposition angewiesen.» (Volker Kauder, Vorsitzender CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

## Persönliche Notizen

### 1. Wahlkreis

Am 23. und 24. September besuchte ich zwei Einweihungsveranstaltungen des Innovationszentrums am Berufsschulzentrum Ellwangen. Zu Gast waren die Landtagsvizepräsidentin (Grüne) und der Landesumweltminister (Grüne). Bedauerlich war, dass nur sehr wenige Vertreter unserer Union, die ja die Idee für dieses Zentrum hatte, anwesend waren. Wir müssen als Union Flagge zeigen und das können nicht immer nur der Landrat und ich sowie einige wenige Kreisräte.

Am Abend des 23. nahm ich an der Einweihung des neuen Musikantenstadls in Elchingen teil. Innerhalb eines halben Jahres ohne jegliche Zuschüsse hat der Musikverein rein ehrenamtlich eine sagenhafte, archenartige Festhalle aus Holz gezaubert, die in unserer Region ihresgleichen sucht – besichtigen!

Am 24. abends hatte ich ein Hintergrundgespräch mit der AJO, der Aktion Jugendberufshilfe Ostalbkreis und zahlreichen Eltern und Jugendlichen, die sich um Migranten und ihre Berufsfindung kümmern. Hier wächst uns ein neues Arbeitsfeld zu, um das wir uns viel intensiver als bisher kümmern müssen. In 15 Jahren wird rund die Hälfte der Einwohnerschaft von Ostwürttemberg einen Migrationshintergrund haben. Die AJO leistet dort bereits Beispielhaftes.

Am Sonntag, den 26. war ich mit unserer Landesgruppe und Georg Brunnhuber bei unseren CSU-Kollegen gemütlich auf dem Oktoberfest in München. Dann ging es wieder nach Berlin. Nach der letzten Sitzungswoche vergangenen Freitag ging es wieder in den Wahlkreis.

Am Wochenende wurde ich beim Bezirksparteitag zum stellvertretenden Bezirksvorsitzenden gewählt, danke für die Unterstützung. Am Sonntag war ich mit meiner Frau beim Linsenfest in Gussenstadt, wo die traditionelle Albinse wunderbar beworben wird. Am Tag der Deutschen Einheit feierten wir den 18. Geburtstag unserer Tochter. Am 04. Oktober nahm ich an den Werkstatt-Gesprächen in Heidenheim über die künftigen Trends für Heidenheim teil, spannend war auch der Vortrag von Prof. Dr. Opaschowsky über Zukunftstrends. Jedenfalls hat die Stadt Heidenheim intensiv die MitbürgerInnen eingebunden in die Trendgespräche. Des weiteren hatte ich ein Hintergrundgespräch mit Nachwuchsjournalisten der Journalistenakademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, junge Menschen, die sich der noch recht

brach liegenden Sicherheitspolitik unseres Landes und Europas widmen.

Am heutigen 05. Oktober bin ich bei der EnBW ODR zu einem Hintergrundgespräch über die Auswirkungen der Energiewende.

Am Abend erfreuen wir uns auf der Kapfenburg des Besuches der Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen, die ich für einen Fachkräftekongress unserer Region gewinnen konnte. Die nächsten Tage bin ich beim THW, Besuchen bei sportlichen Einrichtungen und bei einigen Firmen, weil mich die Auswirkungen der Energiewende auf unsere mittelständische Wirtschaft sehr interessiert.

### 2. Bundestag

Neben der absolut spannenden Sitzungswoche insbesondere wegen des €-Rettungsschirms hatte ich wieder zahlreiche Besuche aus dem Wahlkreis. Die JU Heidenheim war zu einem aufwendigen Besuchsprogramm in Berlin zu Gast, lebhaftes Diskussion. Die Bürgerwehr Lauchheim war in vollem Ornat mit historischen Waffen und mit Kapelle angereist und spielte beeindruckend und anrührend vor dem Brandenburger Tor und auch in unserer Landesvertretung, der Höhepunkt der Sitzungswoche!! Der Reservistenverband Baden-Württemberg war mit zahlreichen hauptamtlichen Mitarbeitern vor Ort, lange Diskussion über die Bundeswehrreform und die Zukunft der Reserve. Günther Oettinger und Norbert Röttgen sprachen in einem Fachkongress unserer Fraktion zur Energiewende, es wird teurer aber nicht schlechter ;-)

Unser THW zeigte seine Leistungsfähigkeit in einem beeindruckenden Parlamentarischen Abend. Der Wehrbeauftragte hatte seinen traditionellen Jahresempfang, zu Herzen gehend war die Anwesenheit zahlreicher einsatzverwundeter Soldaten, einige von ihnen sehr schwer verletzt und in der Genesungsphase. Im Namen des Reservistenverbandes durfte ich Hauptgefreiten d.R. Marcel Gleffe für seine lebensrettenden Leistungen in Norwegen vor Utoya mit der höchsten Verbandsauszeichnung auf den Stufen des Reichstages auszeichnen, er hatte unter Beschuss als Privatperson mit seinem Boot über 20 Menschen das Leben gerettet. Der Bauernverband hatte sein traditionelles Jahrestreffen, hier traf ich auf viele Freunde aus unserem Ländle. Zahlreichen Besucherguppen stand ich wieder Rede und Antwort, besonders in Erinnerung geblieben ist mir die Adalbert-Stifter-Realschule aus Heidenheim, die mit über 90 Schülerinnen und Schülern sehr gut vorbereitete Fragen stellten und für eine lebhaftes Diskussion sorgten,

einfach klasse. Alos, summa summarum: Eine dicht gepackte Sitzungswoche.

### **3. In eigener Sache**

Seit genau zwei Jahren vertrete ich Sie und unseren Wahlkreis in Berlin. Ich durfte viel lernen und neue Erfahrungen sammeln. Zugleich kam mir dabei mein reichhaltiger Erfahrungsschatz aus 27 Berufsjahren, sieben Jahre davon im internationalen Umfeld, zugute. Als Mitglied in zwei Ausschüssen (Außen und Europa) sowie stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss wirke ich aktiv an wesentlichen Entscheidungen für unser Land mit. In meinen beiden Obmannfunktionen sowie als stv. Vorsitzender eines Unterausschusses und als Delegationsleiter unseres Bundestages in einer internationalen Parlamentarischen Versammlung sammle ich wertvolle Erfahrungen und gewinne Einblicke.

In meiner Arbeit hilft mir das Vertrauen, welches Sie in mich haben. Zugleich habe ich gelernt, dass neben der Arbeit im Wahlkreis und in Berlin die parteipolitische Verankerung in unserer Union wesentlich ist. Ich danke deshalb von Herzen all jenen, die mich in den letzten Wochen unterstützt haben, mich breiter in unserer Partei zu verankern. Als Mitglied im Landesvorstand der CDU Baden-Württemberg wie auch als stv. Bezirksvorsitzender unserer CDU Nordwürttemberg bringe ich mich gern auch in diesen Bereichen für Ihre Anliegen und Interessen und für unsere liebenswerte Region aktiv ein.

Herzliche Grüße Ihr und Euer

